

ZUM ANTRAG DER FRAKTION DER CDU UND DER FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (DRUCKSACHE 18/4558)

„ZUR HALBZEIT DER AGENDA 2030: DIE GLOBALEN NACHHALTIGKEITSZIELE IN NORDRHEIN-WESTFALEN KONSEQUENT UMSETZEN“

Der Landesjugendring NRW bedankt sich für die Einladung zur Anhörung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume in Nordrhein-Westfalen sowie für die Möglichkeit, schriftlich Stellung zu beziehen. Als Arbeitsgemeinschaft von 26 landesweit tätigen Kinder- und Jugendverbänden in NRW kommen wir gerne Ihrer Anfrage nach und betrachten die Vorhaben der Landesregierung aus der Perspektive von jungen Menschen und der Jugendverbandsarbeit.

Zur Ausgangslage

Jugend und die 17 UN-Nachhaltigkeitsziele

Ob es sich um Bildung, nachhaltige Städte, menschenwürdige Arbeit, Klimaschutz, Infrastruktur oder weniger Ungleichheiten handelt – jedes der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) hat direkte Auswirkungen auf junge Menschen. Dementsprechend sind auch alle politischen Entscheidungen und alle gesellschaftlichen Weichenstellungen, die im Rahmen der 17 SDGs vorgenommen werden, mit direkten Konsequenzen für das Wohlergehen und die Zukunft junger Menschen verbunden.

Aus dieser direkten Betroffenheit, aber auch aus dem Rechtsanspruch gemäß §12-15 der UN-Kinderrechtskonvention erwächst die Verpflichtung, junge Menschen in politischen Entscheidungsprozessen und bei der Entwicklung und Umsetzung nachhaltiger Lösungsansätze zu beteiligen. Dies sollte nicht als zusätzliche Hürde, sondern als Katalysator für die Erreichung der Ziele der Agenda 2030 gesehen werden.

Jugendverbandsarbeit und Jugendbeteiligung in der NRW-Nachhaltigkeitslandschaft

Die Jugendverbandsarbeit behandelt nachhaltige Themen im Sinne der 17 SDGs seit Jahrzehnten. Als aktive BNE-Akteure, Werkstätten der Demokratie und außerschulische Lernorte bieten sie jungen Menschen Freiräume und Lernräume, um nachhaltige Themen aufzuarbeiten und demokratisches Handeln zu erproben. Dafür braucht es neben der innerverbandlichen Demokratiepraxis Austauschräume und Begegnungsflächen mit der Politik und anderen Entscheidungsträger_innen.

Als Landesjugendring NRW sind wir als anwaltschaftliche Vertretung junger Menschen in der NRW-Nachhaltigkeitslandschaft gut vernetzt, stehen im guten Austausch mit Jugend- und Umweltministerium und sind in zahlreichen Beiräten beratend aktiv. So etwa im NRW-Nachhaltigkeitsbeirat, im Klimaanpassungsbeirat, im Fachforum Nachhaltigkeit der lag21 sowie im TEAM Nachhaltigkeit des Wuppertal Instituts. In Austausch- und Mitwirkungsformaten der NRW-Nachhaltigkeitslandschaft wie der NRW-Nachhaltigkeitstagung oder dem BNE-Festival NRW sind wir regelmäßig vertreten.

Anwaltschaftliche Vertretung ist jedoch nur ein Instrument zum Einbezug der Interessen junger Menschen. Im Bereich der direkten Beteiligung junger Menschen in den NRW-Nachhaltigkeitsprozessen sehen wir noch Ausbaubedarf. Das Projekt #MitmischenNRW, welches dieses Jahr den offiziellen Jugendbeteiligungsprozess an der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie organisiert hat, war ein äußerst gelungener und ertragsreicher Startschuss für die Fortschreibung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie und eröffnet den Weg hin zu einer konsequenten, strukturellen Einbindung junger Menschen.

Zu der Beschlussfassung

Wir begrüßen den Antrag und die darin enthaltenen Maßnahmen zur Umsetzung der Agenda 2030 und der Sustainable Development Goals (SDGs) in Nordrhein-Westfalen. Die Dringlichkeit der Klimakrise und die Bedrohung durch zunehmende, multiple und globale Krisen gebietet zügiges Handeln sowie stärkere Mechanismen, um nachhaltige Politik zu ermöglichen. Zu den konkreten Maßnahmen beziehen wir wie folgt Stellung:

- **Ausbau der BNE-Aktivitäten in NRW:** Volle Zustimmung. Ein besonderer Fokus sollte auf den aktuellen Entwicklungstrend hin zu einer transformativen BNE im Sinne des UNESCO Programms BNE 2030 gelegt werden. Diese setzt sich eine Ermächtigung (junger) Menschen zum Ziel, ihr politisches Umfeld und den sozial-ökologischen Wandel aktiv mitzugestalten.
- **Verankerung von Nachhaltigkeitsaspekten in den Bereichen Haushalt und Finanzen:** Wir begrüßen die Zielsetzung, Haushalts- und Finanzpolitik verstärkt mit Nachhaltigkeit zu verknüpfen. Wir weisen allerdings darauf hin, dass zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele auch nachhaltige Investitionen im Jugend- und Bildungssektor nötig sind. Die bisherigen Mittel sind dafür nicht ausreichend.
- **Fortschreibung, Evaluierung und Umsetzung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie:** Volle Zustimmung. Bei der Fortschreibung, Evaluierung und Umsetzung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie müssen zudem die Stimmen junger Menschen einbezogen werden. Mit bereits bestehenden Ergebnissen aus Jugendbeteiligungsprozessen, etwa mit dem Forderungspapier des Jugendbeteiligungsprozesses #MitmischenNRW zur NRW-Nachhaltigkeitsstrategie 2023, muss dabei gearbeitet werden.
- **Verstärkte Einbindung der Jugend in Governance- und Beteiligungsstrukturen:** Vollste Zustimmung. Der Landesjugendring NRW spricht sich klar für eine Verjüngung des NRW-Nachhaltigkeitsbeirats aus sowie für eine strukturelle Einbindung junger Menschen in nachhaltigkeitspolitische Entscheidungsprozesse.
- **Ausbau der Nachhaltigkeitsprüfung zu einem Nachhaltigkeits-Check:** Wir begrüßen das Vorhaben, mit einem Nachhaltigkeits-Check ein noch wirkungsvolleres, konsequenteres Instrument zur Gesetzesfolgenabschätzung zu haben. Wichtig wäre eine konkrete und transparente Aufschlüsselung und Festlegung, welche Mechanismen in dem neuen Nachhaltigkeits-Check genutzt werden können, um die Gesetzesfolgenabschätzung noch akkurater und das Erlassen klimaschädlicher und nicht-nachhaltiger Gesetze zu erschweren. Wir verweisen an dieser Stelle ebenfalls auf das jugendpolitische Instrument des Jugend-Checks, der eine Gesetzesfolgenabschätzung mit Blick auf Konsequenzen für junge Menschen ermöglicht. Eine mögliche Kombination (aufgrund der vielen Überschneidungen) mit dem Nachhaltigkeits-Check sehen wir als fruchtbar an.

- **Ausweitung der Aktivitäten zur Zielerreichung der „Nachhaltigen Landesverwaltung 2030“:** Volle Zustimmung. Das dabei erworbene Wissen und die umgesetzten Maßnahmen sollten verständlich und transparent kommuniziert und veröffentlicht werden, um anderen (zivilgesellschaftliche) Akteuren als Vorbild und Unterstützung bei der Erreichung der eigenen Nachhaltigkeitsziele zu dienen.
- **Ausbau der Informations- und Mitwirkungsangebote zur nachhaltigen Entwicklung des Landes NRW:** Volle Zustimmung. Die verstärkte Beteiligung junger Menschen muss auch hier beachtet werden, da gerade auf Nachhaltigkeitsveranstaltungen wie der NRW-Nachhaltigkeitstagung kaum Jugend vertreten ist.
- **Zielgerichteter Nutzung europäischer Strukturfördermittel für eine nachhaltige Transformation in NRW:** Wir stimmen zu. Als Region mit besonderen Herausforderungen, aber auch Entwicklungschancen und Gestaltungspotenzial kommt dem Rheinischen Revier als Empfänger europäischer Strukturfördermittel wie dem JTF auch eine besondere Relevanz zu, was die Beteiligung junger Menschen betrifft. Die Einbindung junger Menschen erachten wir insbesondere mit dem Blick auf das Rheinische Revier allerdings noch für unzureichend.
- **Beteiligungsformate von Bürger_innen unterstützen:** Volle Zustimmung. Hierunter fallen natürlich auch Beteiligungsformate, die speziell von jungen Menschen ins Leben gerufen worden sind. Als konkretes Beispiel möchten wir den Strukturwandelprozess im rheinischen Revier nennen: Die Studie der Klimaallianz e.V. zur Bürger_innenbeteiligung im Strukturwandelprozess hat ergeben, dass junge Menschen in diesem Prozess bislang bei weitem nicht ausreichend beteiligt wurden. Nachhaltige Entwicklung bedeutet auch, nachhaltige Beteiligungsstrukturen für junge Menschen zu etablieren und insbesondere selbstorganisierte Formate zur Vertretung der Interessen junger Menschen zu fördern.

Der Landesjugendring NRW ist die Arbeitsgemeinschaft von 26 Mitgliedsverbänden und einem Anschlussverband. Er vertritt die Interessen der Jugendverbände und junger Menschen und engagiert sich in Grundsatzfragen der Kinder-, Jugend-, Bildungs- und Gesellschaftspolitik.